

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

32. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Juli 1979	Nummer 59
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
203204	18. 6. 1979	RdErl. d. Finanzministers Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	1280

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
12. 6. 1979	Bek. – Veröffentlichungen zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen	1288
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
18. 6. 1979	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	1288
	Personalveränderungen	
	Innenminister	1288
	Justizminister	
	Stellenausschreibung für das Verwaltungsgericht Köln	1289
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 34 v. 9. 7. 1979	1289
	Nr. 35 v. 11. 7. 1979	1289
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 13 v. 1. 7. 1979	1290

I.

203204

**Verwaltungsverordnung
zur Ausführung der Verordnung
über die Gewährung von Beihilfen
in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen**

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 6. 1979 -
B 3100 - 0.7 - IV A 4

Mein RdErl. v. 9. 4. 1965 (SMBL. NW. 203204) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

I.

1. Nummer 4.3 Satz 2 und 3 erhält folgende Fassung:
Die in § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 Buchstaben a und b BVO aufgeführten Personen bleiben beihilfenrechtlich außer Betracht, unabhängig davon, ob sie im Ortszuschlag berücksichtigt sind. Eine vorrangige Unterhaltspflicht einer anderen Person im Sinne von § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 Buchstabe a BVO liegt nicht vor, wenn die andere Person außerstande ist (bei mehreren unterhaltspflichtigen Personen, wenn sie zusammen außerstande sind), den überwiegenden Teil des Unterhalts zu leisten.
2. Nummer 5.1 erhält folgende Fassung:
5.1 Die Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krebserkrankungen und die Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krankheiten bei Kindern bis zur Vollendung des 4. Lebensjahres sind im Bundesarbeitsblatt 1977 S. 32 veröffentlicht.
3. Nummer 6.2 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 2 und Satz 4 werden die Worte „§ 182 a Abs. 1 RVO“ jeweils ersetzt durch die Worte „§ 182 a RVO“.
b) Satz 5 erhält folgende Fassung:
Vorstehende Grundsätze gelten auch bei Pauschalabrechnungen der Kasse, sofern diese eine Einzelabrechnung der Kosten (jeweiliger Abzug des Mengenrabatts und des Kostenanteils nach § 182 a RVO) ablehnt.
c) Hinter Satz 5 wird folgender Satz eingefügt:
Ist die Kasse zu einer Einzelabrechnung der Kosten bereit, entscheidet sich der Versicherte aber für eine Pauschalabrechnung, können zu den Medikamenten, zu denen die Kasse pauschale Leistungen erbringt, keine Beihilfen gezahlt werden.
4. Nummer 11 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 11.1 Satz 1 wird die Zahl „850“ durch die Zahl „1000“ ersetzt.
b) In Nummer 11.3 wird die Zahl „80“ durch die Zahl „100“ ersetzt; folgender Satz wird angefügt:
Mehraufwendungen für Colormaticgläser sind nur bei Albinismus und totaler Aniridie (Fehlen der Regenbogenhaut) beihilfefähig.
c) In Nummer 11.4 Satz 2 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „80“ und die Zahl „35“ durch die Zahl „45“ ersetzt.
d) In Nummer 11.5 Satz 1 wird die Zahl „250“ jeweils durch die Zahl „350“ ersetzt.
5. In Nummer 12 Satz 4 wird das Wort „Landesbeamten-gesetzes“ durch das Wort „Beamtenversorgungsgesetzes“ und das Klammerzitat „(z. B. nach § 134 oder § 173 Abs. 3 LBG)“ durch das Klammerzitat „(z. B. nach § 22 oder § 61 Abs. 3 BeamtVG)“ ersetzt.
6. In Nummer 14.2 wird das Wort „Heilbäderverzeichnis“ durch das Wort „Kurortverzeichnis“ ersetzt.
7. Hinter Nummer 15 wird folgende Nummer 15 a eingefügt:
15 a Zu § 7 Abs. 3
Soweit Seeheilbäder zugleich als Kurort für Mineral- und Moorbadekuren bzw. für Kneippheilkuren anerkannt sind, gilt für die Durchführung solcher Kuren § 7 Abs. 3 Satz 2 BVO nicht.
8. Hinter Nummer 17.2 wird folgende Nummer 17.3 eingefügt:
17.3 In dem Gebührenverzeichnis (Anlage zur Gebührenordnung für Zahnärzte) sind Gebührenpositionen für die in der Kieferorthopädie angewandte Multibandbehandlung nicht enthalten. Bei der Prüfung der Angemessenheit der Kosten ist von folgenden Einzelsätzen auszugehen:
Eingliedern eines Bandes 30,- DM,
Eingliedern eines Bogens 46,- DM,
Entfernen eines Bandes 3,- DM.
9. Nummer 19 erhält folgende Fassung:
19 Zu § 9 Abs. 2 Nr. 2
Die Zahlung einer Zuwendung ist auch dann ausgeschlossen, wenn auf Grund einer freiwilligen Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse oder einer Ersatzkasse ein Pauschbetrag gewährt wird.
10. Nummer 20.4 erhält folgende Fassung:
20.4 Aufwendungen, die im Kleinen Walsertal, in der Höhenklinik Valbella Davos, in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang und in der Klinik für Dermatologie und Allergie Davos entstehen, sind wie im Inland entstandene Aufwendungen zu behandeln. Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen in der Höhenklinik Valbella Davos und in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang richtet sich nach § 6 BVO, in der Klinik für Dermatologie und Allergie Davos nach § 4 Nr. 2 BVO.
11. In Nummer 25.1 werden die Worte „an Kindes Statt“ durch die Worte „als Kind“ ersetzt.
12. In Nummer 25.2 werden die Worte „§ 130 Abs. 2 Nr. 1 LBG“ durch die Worte „§ 18 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG“ ersetzt.

II.

In Anlage 1 zur Verwaltungsverordnung wird der Antragsvordruck durch den diesem Erlaß beigefügten Vordruck ersetzt; die Anlage K zum Beihilfeantrag entfällt.

III.

Das Heilbäderverzeichnis - Anlage 3 - wird durch das diesem Erlaß beigefügte Verzeichnis ersetzt.

IV.

Abschnitt I Nr. 1 gilt ab 1. 8. 1979; Abschnitt 1 Nr. 4 Buchstaben a bis d ist auf die Kosten anzuwenden, die nach dem 31. 7. 1979 entstanden sind.

Antrag auf Gewährung einer Beihilfe

Anlage 1

An

Zutreffendes ankreuzen ☒ oder ausfüllen		Pers. Nr.	
Name, Vorname des Antragstellers		Geburtsdatum	Vorname des Ehegatten
Geburtsdatum			
Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer, Telefon			
Dienststelle bzw. letzte Dienststelle		Amtsbezeichnung/Vergütungsgruppe	
Seit wann im öffentlichen Dienst?			
Familienstand			seit
☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend			

Ich beantrage eine Beihilfe zu den in der Anlage aufgeführten und durch Belege nachgewiesenen Aufwendungen.

1.	Kinder (Bitte alle berücksichtigungsfähigen Kinder – § 2 Abs. 2 BVO – angeben)	Kindschafts- verhältnis	Geburts- datum	Erhalten Sie oder Ihr Ehegatte für das Kind Kinder- geld?	Ist das Kind im Ortszuschlag be- rücksichtigt oder berücksichtigungs- fähig? ¹⁾	Anspruchs- zeitraum?	Hat eine andere Person für das Kind Anspruch auf Beihilfe?	Falls ja: Gehört das Kind zu Ihrem Haushalt?
	Name, Vorname			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	1.			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	2.			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	3.			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	4.			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	5.			☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
Bei berücksichtigungsfähigen Enkelkindern: Sind andere Personen vorrangig zum Unterhalt verpflichtet: ☐ ja ☐ nein								
2.	Sind oder waren Ehegatte oder berücksichtigungsfähige Kinder in den letzten 12 Monaten vor der Antragstellung berufstätig, Empfänger von beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen, von Arbeitslosengeld oder -hilfe oder von Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz? ☐ nein ☐ ja (Falls eine dieser Personen selbst beihilfeberechtigt ist oder war, bitte auch rechts ankreuzen.)							
	Name dieser Person	Zeitraum der Berufstätigkeit bzw. der Zahlung der vorgenannten Bezüge		Name und Anschrift des Arbeitgebers bzw. Angabe der Art der vorgenannten Bezüge				
3.	Antragsteller, Ehegatte und Kinder sind wie folgt gegen Krankheit versichert bzw. haben auf Grund von Rechtsvorschriften (z. B. Reichsversicherungsordnung, Angestelltenversicherungsgesetz, Reichsknappschaftsgesetz, Unfallfürsorgebestimmungen, Bundesentschädigungsgesetz, Bundesversorgungsgesetz) Anspruch auf Heilfürsorge, Krankenhilfe oder Kostenersatzung zu den geltend gemachten Aufwendungen:							
a)	Bezeichnung der Personen ²⁾	Nicht versichert	Pflicht-versichert in einer RVO- oder Ersatz-kasse	Freiwillig versichert in einer RVO- oder Ersatz-kasse bei:	Privat versichert bei:	Zuschuß des Arbeitgebers zum Krankenversicherungsbeitrag nach § 405 RVO wurde gezahlt ³⁾		Bei Ansprüchen auf Grund sonstiger Rechtsvorschriften: Angabe der Rechtsvorschrift, der Art und der Höhe der Leistung bzw. der zustehenden Leistung
						für die Zeit vom bis	In Höhe von DM mit.	Höhe des KV-Beitrags mit.
	1	2	3	4	5	6	7	8
	A	☐	☐					
	E	☐	☐					
	K 1	☐	☐					
	K 2	☐	☐					
	K 3	☐	☐					
	K	☐	☐					
b)	Bei Studenten, die einer privaten Krankenversicherung angehören: Wird ein Zuschuß nach § 8 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Studenten gewährt? ☐ nein ☐ ja für ³⁾ für die Zeit vom bis							

¹⁾ Hierzu brauchen Sie keine Angaben zu machen, wenn Sie oder Ihr Ehegatte für das Kind Kindergeld erhalten.

²⁾ Bitte nur ausfüllen, wenn der Anspruch auf Kindergeld oder Berücksichtigung im Ortszuschlag nicht während der gesamten letzten 12 Monate bestand.

³⁾ Antragsteller = A, Ehegatte = E, Kinder = K + Kd. Nr., unter der das Kind bei Ziffer 1 eingetragen ist.

⁴⁾ Die Angaben in Spalte 6 sind nur für die letzten 12 Monate vor der Antragstellung erforderlich; für Personen, für die ein Zuschuß nach § 405 RVO nicht gezahlt wurde, bitte „nein“ in Spalte 6 einsetzen.

In Spalten 7 und 8 sind der Beitragszuschuß und der Krankenversicherungsbeitrag für den Antragsmonat anzugeben.

4. Wurden Aufwendungen durch einen Unfall (dazu gehören auch Sport-, Spiel- und Schulfälle) verursacht? ☐ nein ☐ ja Unfallschilderung und Name und Anschrift des Ersatzpflichtigen oder Begründung, warum keine Ersatzpflicht besteht, auf besonderem Blatt.																							
5. Nur auszufüllen von Antragstellern, die für den Ehegatten eine Beihilfe beantragen:		1. Wird der Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) Ihres Ehegatten im lfd. Kalenderjahr möglicherweise 30000 DM übersteigen? ☐ nein ☐ ja Bei voraussichtlichen Einkünften über 25000 DM ist die geschätzte Höhe der Einkünfte anzugeben: DM Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, die Beihilfe für meinen Ehegatten ohne besondere Aufforderung zurückzahlen, falls der Gesamtbetrag seiner Einkünfte im lfd. Kalenderjahr 30000 DM übersteigt (dies gilt nicht hinsichtlich der Beihilfen zu Aufwendungen, für die der Ehegatte seitens der Krankenversicherung wegen Leistungsausschlusses oder Leistungseinstellung keine Erstattung erhält).																					
		2. Steht ein Krankheitsfall, für den Aufwendungen geltend gemacht werden, in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Berufstätigkeit Ihres Ehegatten? ☐ nein ☐ ja																					
b) von Versorgungsempfängern, die außerhalb des öffentlichen Dienstes tätig sind oder waren:		Steht ein Krankheitsfall, für den Aufwendungen geltend gemacht werden, in einem ursächlichen Zusammenhang mit ihrer jetzigen oder früheren Berufstätigkeit? ☐ nein ☐ ja																					
c) von Versorgungsempfängern		Haben Sie oder eine berücksichtigungsfähige Person Anspruch auf beitragsfreie Krankenfürsorge? ☐ nein ☐ ja für Erhalten Sie oder eine berücksichtigungsfähige Person einen Zuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag vom Rentenversicherungsträger? ☐ nein ☐ ja für in Höhe von DM Der Krankenversicherungsbeitrag für die Person des Zuschußempfängers beträgt: DM Nur bei Zuschüssen unter 100 DM																					
d) wenn Aufwendungen für Krankheiten geltend gemacht werden, die von Versicherungsleistungen ausgeschlossen oder für die Versicherungsleistungen auf Dauer eingestellt sind (die Nachweise sind beigelegt):		Um welche der geltend gemachten Aufwendungen handelt es sich? <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>Beleg-Nr.</th> <th>Betrag</th> <th>DM</th> <th>Beleg-Nr.</th> <th>Betrag</th> <th>DM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>				Beleg-Nr.	Betrag	DM	Beleg-Nr.	Betrag	DM												
Beleg-Nr.	Betrag	DM	Beleg-Nr.	Betrag	DM																		
e) In Geburtsfällen und bei Adoption von Kindern vor Vollendung des 2. Lebensjahres		Ich beantrage einen Zuschuß für die Säuglings- u. Kleinkinderausstattung ☐ ja Nur bei Adoption: Ein Zuschuß zur Säuglings- und Kleinkinderausstattung des Kindes ist aus Anlaß der Geburt bereits gewährt worden ☐ ja ☐ nein																					
f) in Geburtsfällen, falls die monatlichen Bruttozüge des Antragstellers ausschließlich der mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und der Aufwandsentschädigungen die Krankenversicherungspflichtgrenze nicht übersteigen:		1. Ich beantrage eine Zuwendung nach § 9 Abs. 2 BVO ☐ ja Eine entsprechende Zuwendung (Pauschbetrag) steht mir nach anderen Vorschriften (z. B. BVO) in Höhe von DM zu. 2. Meine monatlichen Bruttozüge ausschließlich der mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und der Aufwandsentschädigungen betragen DM																					
g) in Todesfällen		☐ Ich beantrage eine Beihilfe nach § 11 Abs. 1 BVO in Höhe von ☐ 1200 DM ☐ 800 DM Name des Verstorbenen Todestag Die Friedhofsgebühren wurden nach dem Tarif für Kinderbestattungen berechnet: ☐ ja ☐ nein Ich versichere, daß meine Aufwendungen für Leichenschau, Sarg, Einsargung, Aufbahrung, Einäscherung, Urne, Erwerb und Anlegung der Grabstelle oder des Beisetzungplatzes der Urne einschl. der Grundlage für das Grabdenkmal und die Beisetzung nicht geringer sind als die beantragte Beihilfe.																					
6. Ich beantrage die Erhöhung des Bemessungssatzes auf 80 v. H. nach § 12 Abs. 2 BVO (möglich bei stationärer Krankenhausbehandlung – einschließlich Sanatoriumsbehandlung – stationärer Entbindung, dauernder Anstaltsunterbringung und bei allen zahnärztlichen Leistungen) für die nachstehend aufgeführten Aufwendungen. Alle von Krankenversicherungen zu diesen Aufwendungen erbrachten bzw. zustehenden Leistungen (einschl. Zusatz- und Krankenhaustagegeldversicherungen) sind angegeben und die entsprechenden Belege beigelegt.																							
Beleg-Nr.	Betrag	Leistungen bzw. zustehende Leistungen der Krankenversicherung	Beleg-Nr.	Betrag	Leistungen bzw. zustehende Leistungen der Krankenversicherung																		
	DM	DM		DM	DM																		
	DM	DM		DM	DM																		
	DM	DM		DM	DM																		
7. Auf die hiermit beantragte Beihilfe habe ich durch die (Kasse)		am	einen Abschlag in Höhe von DM erhalten																				
8. Ich bitte, die Beihilfe ☐ bar zu zahlen ☐ zu überweisen auf das Konto Nr. bei (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) Bankleitzahl Falls Postscheckamt: Dort angegebener Wohnort																							

Ich versichere nach bestem Wissen die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, daß ich nachträgliche Preisermäßigungen oder Preisnachlässe auf die Kosten sofort der Festsetzungsstelle anzuzeigen habe.

Mit diesem Beihilfeantrag sind keine Aufwendungen für ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen, Beratungen und Verrichtungen sowie Begutachtungen geltend gemacht worden, die von Ehegatten, Kindern, Enkelkindern, Eltern, Großeltern, Geschwistern, Verschwägerten ersten Grades sowie Schwager oder Schwägerin durchgeführt worden sind.

Für die geltend gemachten Aufwendungen wurde eine Beihilfe bisher nicht beantragt.

Ort, Datum

Unterschrift

*) Bitte folgende Abkürzungen eintragen:

Antragsteller = A, Ehegatte = E, Kinder = K + lfd. Nr., unter der das Kind bei Ziffer 1 eingetragen ist (K 1, K 2, K 3 usw.)

Anlage 3

Kurortverzeichnis

Abkürzungen:

BW = Baden-Württemberg
 By = Bayern
 He = Hessen
 Nd = Niedersachsen

NW = Nordrhein-Westfalen
 RP = Rheinland-Pfalz
 SAL = Saarland
 SH = Schleswig-Holstein

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
I. Mineral- und Moorbadekuren			
Aachen	–	NW	174
Abbach	Kelheim	By	356
Adelholzen	Traunstein	By	657
Aibling einschl. der Stadtteile Harthausen, Thurham und Zell	Rosenheim	By	500
Alexandersbad	Wunsiedel	By	590
Antogast	Ortenaukreis	BW	484–925
Arolsen	Waldeck-Frankenberg	He	286
Aspach-Rietenau	Rems-Murr	BW	396
Baden-Baden	–	BW	153–700
Badenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	450
Bayersoien	Garmisch-Partenkirchen	By	812 (Moorkurbetrieb)
Bellingen	Lörrach	BW	250
Bentheim	Grafschaft Bentheim	Nd	50
Bertrich	Cochem-Zell	RP	165
Bevensen	Uelzen	Nd	15
Bocklet	Bad Kissingen	By	210
Bodendorf	Ahrweiler	RP	75–100
Boll	Göppingen	BW	400
Bonn-Bad Godesberg	–	NW	65
Bramstedt	Segeberg	SH	14
Brandenburg	Alb-Donau	BW	–
Breisig	Ahrweiler	RP	61
Brückenau	Bad Kissingen	By	311
Buchau	Biberach	BW	587
Daun	Daun	RP	450–700
Ditzenbach	Göppingen	BW	509
Driburg	Höxter	NW	220–440
Dürkheim	Bad Dürkheim	RP	130–250
Dürrheim, Gemeindeteil Dürrheim	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700–800
Eberbach	Rhein-Neckar	BW	131–450
Eilsen	Schaumburg	Nd	86
Ems	Rhein-Lahn	RP	85
Endorf	Rosenheim	By	525–600 (Heilquellen- u. Moorbetrieb)
Essen einschl. Ortsteil Hüsedde	Osnabrück	Nd	170
Feilnbach-Wiechs	Rosenheim	By	520
Friedrichshall	Heilbronn	BW	158
Füssen-Bad Faulenbach	Ostallgäu	By	804
Füssing einschl. Gemeindeteile Eggfing und Würding	Passau	By	324
Gaggenau-Rotenfels	Rastatt	BW	143
Gandersheim	Northeim	Nd	175
Gögging	Kelheim	By	350
Griesbach	Ortenaukreis	BW	500–1000
Grund	Osterröde/Harz	Nd	350–580
Harzburg	Goslar	Nd	300–800
Heilbrunn einschl. Gemeindeteile Hub, Oberbuchen und Ramsau	Bad Tölz-Wolfratshausen	By	690
Hermannsborn	Höxter	NW	285 (Heilquellenkurbetrieb)
Herrenalb	Calw	BW	400–700
Hersfeld	Hersfeld-Rotenburg	He	230
Hönningen	Neuwied	RP	65–100
Holzhausen	Minden-Lübbecke	NW	80 (Heilquellenkurbetrieb)
Homburg v. d. Höhe	Hochtaunuskreis	He	200
Honnef	Rhein-Sieg-Kreis	NW	54–450
Hopfenberg	Minden-Lübbecke	NW	52 (Heilquellenkurbetrieb)
Iburg	Osnabrück	Nd	140–330
Imnau	Zollern-Albkreis	BW	400
Ingelfingen	Hohenlohekreis	BW	207
Karlshafen	Kassel	He	150–200
Kellberg	Passau	By	483 (Einzel-Kurbetrieb)

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Kissingen	Bad Kissingen	By	201
König	Odenwaldkreis	He	180-220
Königshofen im Grabfeld	Rhön-Grabfeld	By	277
Kohlgrub	Garmisch-Partenkirchen	By	904
Kreuznach	Bad Kreuznach	RP	104
Krozingen	Breisgau/Hochschwarzwald	BW	233
Krumbad	Günzburg	By	550
Laer	Osnabrück	Nd	150
Lahnstein	Rhein-Lahn-Kreis	RP	260 (Heilquellenkurbetrieb)
Liebenzell	Calw	BW	330-435
Lippspringe	Paderborn	NW	140
Ludwigsburg-Hoheneck	Ludwigsburg	BW	293
Lüneburg	Lüneburg	Nd	15
Meinberg	Lippe	NW	210
Melle	Osnabrück	Nd	50
Mergentheim	Main-Tauber-Kreis	BW	210
Mingolsheim-Langenbrücken	Karlsruhe	BW	119
Münder/Deister	Hameln/Pyrmont	Nd	132-437
Münster am Stein	Bad Kreuznach	RP	117
Murnau	Garmisch-Partenkirchen	By	710 (Einzel-Kurbetrieb Ludwigsbad)
Nauheim	Wetteraukreis	He	144
Nenndorf	Schaumburg	Nd	70
Neuenahr	Ahrweiler	RP	92
Neustadt/Saale	Rhön-Grabfeld	By	240
Nidda-Bad Salzhausen	Wetteraukreis	He	150
Oeynhausen	Minden-Lübbecke	NW	71
Orb	Main-Kinzig-Kreis	He	170
St. Peter-Ording	Nordfriesland	SH	0
Peterstal	Ortenaukreis	BW	400-1000
Pyrmont	Hameln/Pyrmont	Nd	112
Randringhausen	Herford	NW	100 (Kurmittelgebiet)
Rappenu	Heilbronn	BW	237-260
Reichenhall einschl. der Gemeinden Bayerisch Gmain und Karlstein sowie des Ortsteiles Kibling der Gemeinde Schneizlreuth	Berchtesgadener Land	By	470-1614
Rippoldsau	Freudenstadt	BW	550-1000
Rothenfelde	Osnabrück	Nd	112
Rothenuffeln	Minden-Lübbecke	NW	50-250 (Kurmittelgebiet)
Rottenburg-Niedernau	Tübingen	BW	361
Säckingen	Waldshut	BW	300-1000
Salzdetfurth	Hildesheim	Nd	80-160
Salzgitter	-	Nd	150
Salzig	Rhein-Hunsrück	RP	112
Salzschlirf	Fulda	He	240
Salzflun	Lippe	NW	75
Sassendorf	Soest	NW	100
Schlangenbad	Rheingau-Taunus-Kreis	He	300
Schönborn-Gemeindeteil	Karlsruhe	BW	119
Bad Mingolsheim	Biberach	BW	580
Schussenried	Schwäbisch Hall	BW	272
Schwäbisch Hall	Rheingau-Taunus-Kreis	He	330
Schwalbach	Ostholstein	SH	16
Schwartau	Tübingen	BW	471
Sebastiansweiler	Herford	NW	80 (Kurmittelgebiet)
Seebach	Segeberg	SH	96
Segeberg	Herford	NW	80 (Kurmittelgebiet)
Senkelteich	Main-Taunus-Kreis	He	140
Soden am Taunus	Main-Kinzig-Kreis	He	157
Soden-Salmünster	Werra-Meißner-Kreis	He	150-250
Sooden-Allendorf	Hof	By	600
Steben	-	BW	230
Stuttgart-Berg	-	BW	220
Stuttgart-Bad Cannstatt	-	BW	220
Teinach	Calw	BW	400-500
Tölz	Bad Tölz-Wolfratshausen	By	670
Tönisstein	Mayen-Koblenz	RP	140
Überkingen	Göppingen	BW	455
Urach, Stadtteil Urach	Reutlingen	BW	464
Vilbel	Wetteraukreis	He	108
Waldliesborn	Soest	NW	76
Waldsee	Ravensburg	BW	600
Weiler/Allgäu	Lindau/Bodensee	By	630-1000
Westernkotten	Soest	NW	88

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Wiesbaden	–	He	80–120
Wiessee	Miesbach	By	735
Wildbad	Calw	BW	430–950
Wildstein	Bernkastel-Wittlich	RP	175
Wildungen	Waldeck-Frankenberg	He	330
Wilhelmshaven	–	Nd	0
Wimpfen	Heilbronn	BW	190–230
Windsheim	Neustadt a. d. Aisch- Bad Windsheim	By	313
Wurzach	Ravensburg	BW	650–700
Zwischenahn	Ammerland	Nd	5

II. Seeheilkuren**1. Nordsee**

Baltrum	Aurich	Nd	0
Borkum	Leer	Nd	0
Büsum	Dithmarschen	SH	0
Cuxhaven mit Duhnen und Döse	Cuxhaven	Nd	0
Helgoland	Pinneberg	SH	0
Juist	Aurich	Nd	0
Langeoog	Friesland	Nd	0
Norrdorf/Amrum	Nordfriesland	SH	0
Norderney	Aurich	Nd	0
St. Peter-Ording	Nordfriesland	SH	0
Spiekeroog	Friesland	Nd	0
Wangerooge	Friesland	Nd	0
Wennigstedt/Sylt	Nordfriesland	SH	0
Westerland/Sylt	Nordfriesland	SH	0
Wittdün/Amrum	Nordfriesland	SH	0
Wyk auf Föhr	Nordfriesland	SH	0

2. Ostsee

Burg auf Fehmarn	Ostholstein	SH	0
Dahme	Ostholstein	SH	0
Damp	Eckernförde	SH	0
Glücksburg	Flensburg-Land	SH	0
Grömitz	Ostholstein	SH	0
Haffkrug-Scharbeutz	Ostholstein	SH	0
Heiligenhafen	Ostholstein	SH	0
Kellenhusen	Ostholstein	SH	0
Niendorf	Ostholstein	SH	0
Timmendorfer Strand	Ostholstein	SH	0
Travemünde	–	SH	0

III. Klimaheilkuren

Altenau	Goslar	Nd	450–810
Bayrischzell	Miesbach	By	800–1 800
Berchtesgaden einschl. der Gemein- den Bischofswiesen, Marktschellen- berg, Ramsau b. Berchtesgaden und Schönau a. Königssee	Berchtesgadener Land	By	530–700
Bergzabern	Landau/Bergzabern	RP	200–300
Braunlage einschl. Ortsteil Hohegeiß	Goslar	Nd	500–850
Bühlerhöhe	Rastatt	BW	800
Clausthal-Zellerfeld	Goslar	Nd	600–800
Daun	Daun	RP	450–700
Dürrheim, Ortsteil Dürrheim	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700–800
Freudenstadt	Freudenstadt	BW	740–1 000
Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen	By	708
Goslar, Ortsteil	Goslar	Nd	600
Hahnenklee-Bockswiese	Goslar	Nd	300–800
Harzburg	Calw	BW	400–700
Herrnalb	Calw	BW	400–700
Hindelang einschl. Ortsteil Unterjoch	Oberallgäu	By	850–1 150
Hinterzarten	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	900–1 200
Höchenschwand	Waldshut	BW	1 015
Holzminden, Ortsteil Neuhaus/Solling	Holzminden	Nd	380
Isny	Ravensburg	BW	720–1 120

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Königsfeld, Gemeindeteile Königsfeld, Bregnitz und Grenier	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	760-800
Königstein im Taunus	Hochtaunuskreis	He	454
Kreuth	Miesbach	By	780
Lenzkirch	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	810-1100
Lindenfels	Bergstraße	He	364
Lippspringe	Paderborn	NW	140
Manderscheid	Bernkastel-Wittlich	RP	400-500
Neutrauchburg	Ravensburg	BW	710
Nonnweiler	St. Wendel	SAL	380-450
Oberstaufen - ausgenommen die Gemeindeteile Aach i. Allgäu, Häuse, Hagspiel, Hütten, Krebs, Nägeleshalde	Oberallgäu	By	792
Oberstdorf	Oberallgäu	By	843
Rengsdorf	Neuwied	RP	300
Rottach-Egern	Miesbach	By	735
Sachsa	Osterode/Harz	Nd	360-660
St. Andreasberg	Goslar	Nd	600-730
St. Blasien	Waldshut	BW	800-1200
Schluchsee	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	930-1300
Schömberg	Calw	BW	650
Schönwald	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	950-1150
Tegernsee	Miesbach	By	735
Todtmoos	Waldshut	BW	850-1200
Tölz	Bad Tölz	By	670
Triberg	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700-1000
Weiskirchen	Merzig-Wadern	SAL	350-450
Willingen (Upland)	Waldeck-Frankenberg	He	560-843
Winterberg	Hochsauerlandkreis	NW	700-842
IV. Kneippheilkuren			
Aulendorf	Ravensburg	BW	600-670
Bederkesa	Cuxhaven	Nd	3-33
Bergzabern	Landau-Bergzabern	RP	200-300
Berleburg	Siegen	NW	450-600
Berneck	Bayreuth	By	400-600
Bevensen	Uelzen	Nd	15
Biberach-Jordanbad	Biberach	BW	540
Boppard	Rhein-Hunsrück	RP	60-531
Borkum	Leer	Nd	0
Camberg	Limburg-Weilburg	He	201
Daun	Daun	RP	450-700
Diez	Rhein-Lahn	RP	190
Endbach	Marburg-Biedenkopf	He	300
Fallingbostal	Soltau-Fallingbostal	Nd	42-70
Fredeburg	Hochsauerlandkreis	NW	400-818
Freiburg-St. Urban	-	BW	268-274
Friedenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	910
Füssen	Ostallgäu	By	804
Gandersheim	Northeim	Nd	175
Gemünd	Euskirchen	NW	350
Gersfeld	Fulda	He	500
Gladenbach	Marburg-Biedenkopf	He	262
Gras-Ellenbach	Bergstraße	He	395
Grönenbach	Unterallgäu	By	680
Hennef	Rhein-Sieg-Kreis	NW	70-230
Hiddesen	Lippe	NW	100-300
Hindelang einschl. der Gemeindeteile Oberjoch, Unterjoch und Hinterstein	Oberallgäu	By	792
Hopfen am See einschl. Gemeindeteile Fischerbichl, Eschach, Erkenböllingen, Häusern und Heidebuch	Ostallgäu	By	804
Iburg	Osnabrück	Nd	140-330
Kassel-Wilhelmshöhe	-	He	250-600
Kißlegg	Ravensburg	BW	621-650
Königsfeld, Gemeindeteile Königsfeld, Bregnitz und Grenier	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	760-800
Kyllburg	Bitburg-Prüm	RP	300-360
Laasphe	Siegen	NW	333-698
Lauterberg	Osterode/Harz	Nd	280-420
Lüneburg	Lüneburg	Nd	15

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Malente-Gremsmühlen	Ostholstein	SH	36
Marienberg	Westerwaldkreis	RP	500
Melle	Osnabrück	Nd	50
Mölln	Herzogtum Lauenburg	SH	19
Münstereifel	Euskirchen	NW	300-500
Neukirchen	Schwalm-Eder-Kreis	He	252-500
Oberstdorf	Oberallgäu	By	843-2 000
Olsberg	Hochsauerlandkreis	NW	343
Ottobeuren	Unterallgäu	By	664
Oy	Oberallgäu	By	960
Peterstal	Ortenaukreis	BW	400-1 000
Prien/Chiemsee	Rosenheim	By	532
Radolfzell-Mettgau	Konstanz	BW	400
St. Blasien	Waldshut	BW	800-1 200
Scheidegg einschl. Gemeindeteil Scheffau	Lindau	By	800-1 000
Schieder	Lippe	NW	245
Schönmünzach-Schwarzenberg	Freudenstadt	BW	450-600
Sobernheim	Kreuznach	RP	152
Titisee-Neustadt	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	850-1 200
Überlingen a. B.	Bodenseekreis	BW	408
Vallendar	Koblenz	RP	68
Villingen	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	704
Waldkirch	Emmendingen	BW	263
Waldsee	Ravensburg	BW	600
Wildemann	Goslar	Nd	420-620
Willingen (Upland)	Waldeck-Frankenberg	He	560-843
Wörishofen	Unterallgäu	By	630
Wünnenberg	Paderborn	NW	350
Ziegenhagen	Werra-Meißner-Kreis	He	212

II.

Innenminister**Veröffentlichungen zur Statistik
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bek. d. Innenministers v. 12. 6. 1979 -
II C 4/12 - 11.17

Beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen (LDS) Düsseldorf, sind erschienen:

Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen

Heft 397: Das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen
1977,
Teil 1: Allgemeinbildende Schulen
(350 S., 19,00 DM)

Heft 399: Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 1977
Teil 1: Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung
(92 S., 6,20 DM)

Heft 404: Steuern vom Einkommen in Nordrhein-Westfalen
1974 (142 S., 10,00 DM)

Heft 405: Das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen
1976,
Teil 3: Hochschulen im Wintersemester 1976/77
(270 S., 14,50 DM)

Heft 406: Agrarberichterstattung 1977,
Heft 2: Kreisergebnisse
Bodennutzung, Viehhaltung und Rechtsreform
(312 S., 16,90 DM)

Heft 407: Das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen
1977 (260 S., 14,50 DM)

Heft 409: Regionalisierte Schülerprognosen 1979
(144 S., 7,50 DM)

Statistische Berichte

Die Wohnbevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens
am 31. 12. 1978 (32 S., 2,00 DM)

Die Strafverfolgung in Nordrhein-Westfalen 1977
(390 S., 20,00 DM)

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

- Ergebnisse für Gemeinden, September 1977
(98 S., 6,00 DM)

- Ergebnisse für Gemeinden, September 1978
(96 S., 6,00 DM)

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in
Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 1978 (66 S., 5,40 DM)

Die erteilten Baugenehmigungen in Nordrhein-Westfalen
1978 (142 S., 7,50 DM)

Der Wohnungsbestand in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens
am 31. 12. 1978 (14 S., 1,70 DM)

Der Bauüberhang in Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1978
(30 S., 2,20 DM)

Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen
1. Oktober bis 31. Dezember 1978, Vierteljahresstatistik
(66 S., 5,20 DM)

Verzeichnisse

Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS), Verzeichnis 1979
(98 S., o. B.)

Sonderveröffentlichungen

LDS-Jahresbericht:
Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1978
(40 S., o. B.)

Statistische Rundschau für die Kreise Nordrhein-Westfalens:
Ennepe-Ruhr-Kreis (104 S., 4,00 DM)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter

Heft 10: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung
der kreisfreien Städte und Landkreise in der
Bundesrepublik Deutschland 1978
(110 S., 8,00 DM)

Reihe Europawahl 1979*)

Heft 1: Ergebnisse früherer Wahlen (52 S., 3,70 DM)

Heft 2: Vorläufige Ergebnisse (ca. 2,00 DM)

Heft 3: Endgültige Ergebnisse (ca. 2,50 DM)

Heft 4: Ergebnisse nach Gemeinden (ca. 6,00 DM)

Heft 5: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht
(ca. 2,50 DM)

Alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten. Die
Veröffentlichungen sind zum dienstlichen Gebrauch geeignet;
sie können direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS), Postfach 1105,
4000 Düsseldorf 1 (Tel. 0211/4497 495), oder über den
Buchhandel bezogen werden.

*) Vorbestellung der gesamten Reihe wird empfohlen. Heft 2
erscheint unmittelbar nach der Wahl. Die Hefte 3-5 werden
jeweils unmittelbar nach Fertigstellung ausgeliefert.

- MBl. NW. 1979 S. 1288.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausweises**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 18. 6. 1979 - I A 1 - BD - 1237

Der Dienstausweis Nr. 574 des Herrn Justizamtmannes
Winfried Küsters, geboren am 20. 6. 1949 in Viersen-Dülken,
wohnhaft in Viersen-Dülken, Bodelschwingstraße 45,
ausgestellt vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig
erklärt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn
dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Horionplatz 1,
zuzuleiten.

- MBl. NW. 1979 S. 1288.

Personalveränderungen**Innenminister****Nachgeordnete Behörden und Einrichtungen**

Es sind ernannt worden:

Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde - Schwelm -
Polizeiberrat N. Linnemann zum Schutzpolizeidirektor

Polizeipräsident - Essen -
Polizeirat U. Blanck zum Polizeiberrat

Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde - Neuss -
Polizeirat W. Rohr zum Polizeiberrat

Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen - Abteilung I -, Selm

Polizeirat K. Wiese zum Polizeiberrat

- MBl. NW. 1979 S. 1288.

Justizminister**Stellenausschreibung
für das Verwaltungsgericht Köln**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Regierungssekretär-Stelle
bei dem Verwaltungsgericht Köln.Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen
auf dem Dienstwege einzureichen.

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 34 v. 9. 7. 1979**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
20320	15. 6. 1979	Zweite Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung – BVO –	464
20320	15. 6. 1979	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Tuberkulosehilfe für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen – TbcVO –	465
2121	13. 6. 1979	Verordnung über die Zuständigkeit nach der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln	465
223	30. 5. 1979	Verordnung über den Bildungsgang in der Grundschule (Ausbildungsordnung gemäß § 26 b SchVG – AO-GS)	465
28	13. 6. 1979	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes	468
	6. 6. 1979	Urkunde über die Verlängerung des Eisenbahnunternehmensrechts für die Industriebahn in der Stadt Zülpiich	470

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Nr. 35 v. 11. 7. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
10	19. 6. 1979	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz	472
20320	19. 6. 1979	Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	472
600	19. 6. 1979	Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörde nach § 32 Abs. 4 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes	473
764	18. 6. 1979	Verordnung zur Neuordnung der Sparkassen im Kreis Viersen	473
820	19. 6. 1979	Verordnung über die zuständigen Stellen nach Artikel I § 15 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches (Erstes Buch)	474
	12. 6. 1979	Bekanntmachung in Enteignungssachen; Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung nach § 42 Abs. 2 des Landesstraßengesetzes – LStrG – vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 305)	474
		Berichtigung der Verordnung über die Zuständigkeit von Amtsgerichten bei der aufgrund des § 58 Abs. 2 des Münster/Hamm-Gesetzes zum 1. Juli 1979 eintretenden Änderung der Amtsgerichtsbezirke Hamm und Werne a. d. Lippe vom 30. April 1979 (GV. NW. S. 440)	474

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 13 v. 1. 7. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 2,— DM zuzüglich Portokosten)

	Seite		Seite
Bekanntmachungen	145	OLG Düsseldorf vom 5. März 1979 — 1 Ws 141/79	152
Personalnachrichten	146	5. OWIG §§ 33 I Nr. 9, II Satz 1, 66. — Ein Bußgeldbescheid, der zunächst „blanko“ unterzeichnet und in den sodann durch die Kanzlei der von dem Unterzeichner vorgesehene Bußgeldbetrag eingefügt wird, wird zeitlich erst wirksam mit der Prüfung des Unterzeichners, ob die Einfügung ordnungsgemäß erfolgt ist. OLG Düsseldorf vom 3. April 1979 — 5 Ss (OWi) 148/79 I	153
Ausschreibungen	147		
Gesetzgebungsübersicht	148		
Rechtsprechung		Kostenrecht	
Zivilrecht		1. BRAGO § 84 I. — Für das Beschwerdeverfahren außerhalb der Hauptverhandlung erhält der Verteidiger keine besondere Gebühr nach § 84 I Nr. 1 BRAGO; die Vertretung im Beschwerdeverfahren wird durch die Rahmengebühr abgegolten, die der Rechtsanwalt in dem Verfahrensabschnitt erhält, in dem die Entscheidung ergangen ist. OLG Hamm vom 3. Januar 1979 — 5 Ws 251/78	153
ZPO §§ 91, 100. — Das Rechtsmittelgericht kann eine Kostenentscheidung der Vorinstanz nicht mehr abändern, soweit sie Streitgenossen betrifft, die rechtskräftig aus dem Rechtsstreit ausgeschieden sind. OLG Köln vom 21. Februar 1979 — 16 U 101/77	149	2. BRAGO § 99 I. — Eine über die Rahmenhöchstgebühr eines gewählten Verteidigers hinausgehende Pauschvergütung kommt nur bei solchen Strafsachen in Betracht, die nicht nur erheblich über das Durchschnittsmaß der insgesamt vor einem Spruchkörper gleicher Ordnung verhandelten Sachen hinausgehen, sondern den Rahmen höchst umfangreicher und schwieriger Strafverfahren derart sprengen, daß die Höchstgebühr eines Wahlverteidigers als Vergleichsmaßstab offensichtlich ausscheidet. Dies gilt regelmäßig nur für solche Verfahren, welche die Arbeitskraft des bestellten Verteidigers für Monate und Jahre hinaus überwiegend in Anspruch nehmen. OLG Hamm vom 19. Januar 1979 — 1 (s) Sbd. 20 — 21/78	154
Strafrecht		Öffentliches Recht	
1. StPO § 261; OWIG § 77. — Zu den Anforderungen an die Überzeugungsbildung des Tatrichters in Bußgeldverfahren, wenn das Gericht die Verurteilung wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit (hier: zu schnelles Fahren) auf die Bekundungen des anzeigenden Polizeibeamten gründet und dieser als Zeuge in der Hauptverhandlung erklärt hat, er könne sich an den konkreten Vorfall nicht erinnern und nehme Bezug auf die Anzeige. OLG Hamm vom 16. Februar 1979 — 2 Ss OWi 311/79	150	1. VwGO § 122 II. — Die in § 122 II VwGO vorgeschriebene Begründung von Beschlüssen muß schriftlich erfolgen. OVG Münster vom 20. Oktober 1978 — II B 1295/78	154
2. StGB §§ 53 ff.; OWIG § 21. — Bei Tatmehrheit von Straftat und Ordnungswidrigkeit gibt es keine Gesamtgeldstrafe. OLG Köln vom 7. November 1978 — 1 Ss 781/78	151	2. Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Personalausweise (Ausführungsgesetz NW) § 8 I; Gesetz über Personalausweise § 4. — Deutsche Staatsangehörige mit Hauptwohnsitz in (West-) Berlin, die verpflichtet sind, einen Berliner behelfsmäßigen Personalausweis zu führen, sind nicht befugt, unter Berufung auf einen Zweitwohnsitz im Bundesgebiet daneben einen Bundespersonalausweis zu führen. OVG Münster vom 22. September 1978 — XV A 720/77	155
3. StPO § 458 I; StVollstrO § 39 IV. — Es entspricht dem Gesetz, daß bei einer Strafzeitberechnung nach § 39 IV StVollstrO auch der 29. Februar, der in einem Schaltjahr das Jahr um einen Tag verlängert, mitgezählt werden muß. OLG Düsseldorf vom 22. Februar 1979 — V — 5/79	151		
4. StPO §§ 14, 270. — Auch eine rechtsfehlerhafte Verweisung bindet. Die Bindungswirkung entfällt nur, wenn der Angeklagte willkürlich seinem gesetzlichen Richter entzogen wird. Eine willkürliche Maßnahme liegt nur vor, wenn die Entscheidung offensichtlich unhaltbar ist, wenn es nämlich an jeder Grundlage für die Verweisung fehlt oder wenn sich das Gericht so weit vom Gesetz entfernt hat, daß die Entschei-			

- MBl. NW. 1979 S. 1290.

Einzelpreis dieser Nummer DM 3,20

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 380301 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,— DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,— DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,60 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf